

Suche

[Startseite](#) [Magazin horizonte](#) [Die Hefte](#) [Adebor-Verlag](#) [Kontakt](#)

Montag, 18. Januar 2010 um 13:27 Uhr

Demokratische Depression. Eine Bestandaufnahme

Verfasst von [Dr. Serge Embacher](#)[Drucken](#) | [E-mail](#)

An der letzten Bundestagswahl haben sich noch 70,8% der Wahlberechtigten beteiligt. Das bedeutet, dass über 18 Mio. Wahlberechtigte zu Hause geblieben sind – der mit Abstand schlechteste Wert in der Geschichte der Bundesrepublik. Demokratiedistanz ist schon lange kein Randphänomen mehr: 37% aller Menschen sind der Ansicht, dass die Demokratie in Deutschland nicht gut funktioniert. 32% glauben nicht (mehr), dass Demokratie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme taugt. Und glatte 22% wären sogar bereit, den Satz zu unterschreiben, dass die Demokratie keine schützenswerte Gesellschaftsordnung sei!

Demokratie und Gerechtigkeit

Um das Phänomen zu verstehen, muss man nicht lange im Nebel stochern. Man muss nur genau hinsehen. Die nahezu unisono von der Politik formulierte Antwort auf das massenhaft prekäre Dasein in Deutschland besteht im Grunde in einer Umkehr der Verantwortungslast: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, und Arbeit soll man im wahrsten Sinne des Wortes um jeden Preis machen, egal wie schlecht bezahlt. Da nimmt es kaum Wunder, dass Menschen sich massenhaft von der etablierten Parteienpolitik abwenden.

In den letzten Jahren ist vor allem das Vertrauen in die Fähigkeit demokratischer Politik, soziale Gerechtigkeit zu garantieren, erheblich beschädigt worden. Der mit den Agenda-Reformen eingeleiteten Abkehr vom von einer Politik der sozialen Gerechtigkeit zugunsten marktliberaler Thesen begegnen viele Menschen mit massiven Abwehrreaktionen. Diese Politik muss sich nun an ihren katastrophalen Resultaten messen lassen: Die wachsende Kluft zwischen reich und arm, zunehmende Altersarmut, stagnierende Reallöhne, massive Ausweitung von Niedriglohn-Jobs und Leiharbeit, anhaltende Massenarbeitslosigkeit und nun auch die fatalen Folgen der Finanzmarktkrise erschüttern das Vertrauen in die soziale Demokratie. Es gibt einen internen Zusammenhang von demokratischer Politik und der Erwartung sozialen Fortschritts: Wenn dieser Zusammenhang zerstört ist, erodiert auch das Vertrauen in demokratische Politik.

Ostdeutsche Enttäuschungen

In den ostdeutschen Bundesländern ist die Lage besonders dramatisch. Dort sind über 50 Prozent (!) der Meinung, dass sich die Probleme der Gegenwart nicht demokratisch lösen lassen. Gut 40 Prozent stimmen dem Satz zu, dass sie mit Demokratie, wie sie heute ist, nichts zu tun haben (wollen). Diese Befunde sind insofern besonders erschreckend, als es doch gerade die Ostdeutschen waren, die vor 20 Jahren eine Diktatur beseitigt hatten. Doch dem Scheitern der DDR folgte für viele eine bis heute andauernde Leidensstrecke. Die Erwartungen an die Demokratie waren in Ostdeutschland verständlicherweise eng mit der Erwartung politischer und sozialer Gerechtigkeit verknüpft. Die Enttäuschung war – vor allem angesichts der unredlichen Abwicklung der Vereinigung (auf Kosten der Sozialkassen und unter Verschweigen der gewaltigen ökonomischen und finanziellen Probleme) – quasi vorprogrammiert: Man sah, wie alte Funktionäre und Kader weiter ihr Auskommen hatten. Und man sah, wie es schon bald nach



Autoren



- **Udo Knapp**
Dr. Udo Knapp (geb. 1945) arbeitet für den Aufbau Ost im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen.



- **Prof. Dr. Michael Succow**
Prof. Dr. Michael Succow (geb. 1941) wohnt in Greifswald, ist Träger des Alternativen Nobelpreises und Botschafter im Netzwerk Pro MV.



- **Sascha Vogt**
Sascha Vogt (geb. 1980) ist Jusobundesvorsitzender, arbeitet als Referatsleiter der Hans-Böckler-Stiftung und lebt in Essen.



- **Erik Gurgsdies**
Erik Gurgsdies (geb. 1944) ist Ökonom und Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern.



- **Steffen Schoon**
Dr. Steffen Schoon (geb. 1974) ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung M-V.

der Währungsunion zu Massenentlassungen kam und viele Menschen, die vorher ein sicheres Auskommen hatten, ausgerechnet mit dem Heraufziehen der Demokratie zu sozialen Außenseitern und Empfängern staatlicher Transferleistungen wurden.

Diese Effekte wurden noch verstärkt durch Erwartungen, die von außen im Zuge der deutschen Einheit geweckt wurden. Wer erinnert sich nicht an Helmut Kohls »blühende Landschaften«, die sich angeblich in drei bis vier Jahren entwickeln würden? Bis heute ist diese paradiesische Verheißung, mittels derer Kohl die Bundestagswahl 1990 für sich entschied, völlig verfehlt. Im Gegenteil: »Der Verlust der Erwerbsarbeit ist die subjektive Schlüsselerfahrung der Wende«, schrieb Berthold Vogel schon 1999, und dabei ist es geblieben.

Politik der Sachzwänge

Die Entwicklung im Osten führt die Krise besonders drastisch vor Augen. Doch was bedeutet Krise der Demokratie eigentlich? Während ihre Verfahren einwandfrei funktionieren, gerät ihr tieferer Sinn als »egalitäres Projekt« aus dem Blick. Schuld daran sind gravierende Fehlentwicklungen im politischen Mainstream der letzten 20 Jahre: Der zunehmenden Ballung ökonomischer Macht durch die schiere Logik der Kapitalkonzentration ist man nicht länger mit einer korrigierenden und umverteilenden Politik der sozialen Gerechtigkeit, sondern mit einer permanenten und nachlaufenden Anpassung an »Sachzwänge« begegnet. Das »Märchen« vom teuren Sozialstaat wurde parteiübergreifend als neue Meta-Erzählung akzeptiert. Der Sozialstaat wurde zu Lasten der auf ihn Angewiesenen umdefiniert. Das egalitäre Versprechen der sozialen Demokratie geriet in Glaubwürdigkeitsnöte. Die Folgen sind heute zu besichtigen.

Für eine Neuerfindung des Politischen

Was tun? Es wäre nur zu billig, wenn man die Verantwortung für die Krise einfach den Frustrierten selbst in die Schuhe schieben würde. Die viel zitierten »bildungsfernen Schichten« müssen immer als Erklärung für mangelhaftes staatsbürgerliches Bewusstsein herhalten. Doch greifen solche Erklärungen für die Krise der Demokratie zu kurz. Was wir heute brauchen, ist nichts weniger als eine Neuerfindung des Politischen unter den Vorzeichen echter demokratischer Beteiligung und einer klaren Ausrichtung an der Idee sozialer Demokratie. Der neoliberale Budenzauber hat der Demokratie schwer zugesetzt. Bevor nicht diese gigantische Mogelpackung eines falsch verstandenen Liberalismus zusammengefaltet und entsorgt wird, kann es auch mit der parlamentarischen Demokratie nicht besser gehen. Wenn wir uns endlich rückbesinnen auf die Idee der Demokratie als kollektiver Aneignung des Gemeinwesens, dann wird das zur Erholung des krisengeschüttelten Patienten führen.

Gelesen: **386** mal

Veröffentlicht in [horizonte 31](#)

Markiert als [Wahlen und Parteien](#) [SPD](#)

Social Sharing



Dr. Serge Embacher

Dr. Serge Embacher (geb. 1965) ist Politikwissenschaftler und Publizist, lebt und arbeitet in Berlin. Zuletzt von ihm erschienen: Demokratie! Nein danke? Demokratieverdross in Deutschland (Dietz-Verlag Bonn 2009)

Verwandte Artikel

- [»Man könnte einen Wutanfall bekommen.« - Rudolf Dreßler im Interview](#)
- [Über weichen und harten Extremismus - NPD und Linkspartei im demokratietheoretischen Vergleich](#)
- [Im Zweifel für den Angeklagten - Ein Kommentar](#)
- [Extremismus ist »Wisch-Waschi-Begriff« - Peter Ritter im Interview](#)
- [Er hätte unser Präsident sein können... - Dr. Joachim Gauck über Demokratie und Verantwortung](#)

Weitere in dieser Kategorie: [« »Möt nich allens ümmer so blieben...« - Interview mit Sabine Brandl](#) [»Der Gregor Gysi des Ostens.« - Die wunderbare Welt des jungen Herrn P. »](#)

[Zurück zum Anfang](#)

Impressum